

Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse

Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski

Laut der BKA-Statistik für Partnerschaftsgewalt, sind im Jahr 2021 143.604 Menschen Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt geworden (BKA, 2022). 127 der Opfer wurden getötet oder erlagen ihren Verletzungen (BKA, 2022).

Die Tötung des/der (ehemaligen) Intimpartners/Intimpartnerin, sogenannte Intimizide, resultieren häufig aus einer Eskalation eines bestehenden Konflikts und können daher präventiv vorgebeugt werden (Greuel, 2009).

Deutschland und seine Strafverfolgungsbehörden sind, nicht zu Letzt auf Grundlage der Istanbul-Konvention, dazu verpflichtet, ein standardisiertes Gefahrenmanagement in Fällen häuslicher Gewalt anzuwenden.

Hier knüpft das BMBF-geförderte Projekt GaTe – *Polizeiliche Gefährdungsanalyse zu Tötungsdelikten in Partnerschaft und Familie* – an. Leaking und andere Warnsignale im Vorfeld solcher Taten sollen erforscht werden und für Strafverfolgungsbehörden und andere Akteure und Akteurinnen nutzbar gemacht werden.

Hierzu wurde eine bundesweite IST-Stand Erhebung zum Gefahrenmanagement und zur Gefährdungsanalyse anhand zweier explorativer Online-Befragungen durchgeführt, mit dem Ziel, die aktuell gängige Praxis im Themenfeld zu erheben. Hierfür wurden zum einen zuständige Mitarbeitende der Innenbehörden, zum anderen Sachbearbeitende für häusliche Gewalt befragt.

Den Sachbearbeitenden im gesamten Bundesgebiet wurden Fragen zu Schulungen, Berufserfahrung, Arbeitsabläufen, organisatorischen und innerdienstlichen Faktoren, Risikofaktoren und Leaking gestellt.

Die Stichprobengröße beläuft sich auf 511 Sachbearbeitende und umfasst die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein (Teilnehmendenzahl $\geq 60\%$ der Sachbearbeitende hG im jeweiligen Land).¹ Für Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen konnten zu dieser Zeit keine repräsentativen Aussagen gemacht werden. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben die Teilnahme an der Befragung abgelehnt.

Für die zehn vollständig erhobenen Bundesländer (n=511), ergab sich ein Mittelwert von 6,6 (3,69-15,43) Fällen häuslicher Gewalt pro Woche/pro Mitarbeitenden. Die Rohdaten betrachtet, deutet sich hier eine Tendenz zu weniger Fällen in ländlicheren Regionen ab. Insgesamt konnte jedoch auch eine hohe Varianz (Standardabweichungen zwischen 2,74 und 12,94) innerhalb der Länder festgestellt werden, sodass kein eindeutiger Trend besteht. Die Sachbearbeitenden in Schleswig-Holstein haben mit 3,69 Fällen pro Woche/pro Mitarbeitenden die geringste Anzahl zu bearbeiten. Wohingegen Sachsen mit 15,43 Fällen die höchste Anzahl vorweist. In Relation zur Größe des Bundeslandes und den bei der Befragung erhobenen Stellenanteilen, ergibt sich für Schleswig-Holstein ein durchschnittlicher Workload. Die Sachbearbeitenden in Sachsen hingegen haben in Relation zur Landesgröße und den Stellenanteilen überdurchschnittlich viele Fälle zu bearbeiten.

Der durchschnittliche Sachbearbeitende (n=511) hat ca. 17 Jahre Berufserfahrung und einen Stellenanteil von 52% bei dem sich Gewaltdelikten im häuslichen Bereich gewidmet wird. An der Fallbearbeitung beteiligt sind in allen Bundesländern ausschließlich Vollzugsbeamte/innen.

¹ Die vorgestellten Daten sind vorläufige Ergebnisse der bundesweiten Erhebung.

64% der Befragten gaben an, dass für die Erhebung der Sachverhalte Vorlagen und/oder Checklisten genutzt werden die vom Land vorgegeben wurden. 36% nutzen zusätzlich oder ausschließlich ein Format, das innerhalb Ihrer Behörde erstellt wurde. Dies ist auch innerhalb der einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß zu beobachten und verdeutlicht die unterschiedliche Vorgehensweise. Hier kann in den seltensten Fällen von einem standardisierten Vorgehen gesprochen werden.

Die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen² bejahten alle Befragten. Im regelmäßigen Austausch sind 57,3%, Runde Tische werden von 53,7% genutzt, Fallkonferenzen von 50,3% und sporadischen Kontakt gaben 45,4% an³. Auf die Frage wie zielführend diese Zusammenarbeit eingeschätzt wird, gaben 23,1% aller Befragten an, dass diese sehr zielführend sei, 39,8% erachteten sie als zielführend und 32,4% immer noch als teilweise zielführend. 1,4% erachteten die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen als wenig zielführend. Da die Zusammenarbeit insbesondere mit nichtbehördlichen Institutionen maßgeblich von den jeweiligen Datenschutzbestimmungen des Landes abhängt, mussten die Befragten die Beeinträchtigung in der Zusammenarbeit durch den Datenschutz auf einer Skala von keiner Beeinträchtigung – sehr starke Beeinträchtigung angeben. Dabei gaben 44,5% der Befragten an, dass es eine sehr starke oder starke Beeinträchtigung gibt. 35,7% erfahren durch den Datenschutz eine teilweise Beeinträchtigung und 11,3% fühlen sich kaum oder nicht beeinträchtigt.

Ein weiterer Schwerpunkt der bundesweiten Befragung lag auf dem Thema Schulungen/Fortbildungen/Weiterbildungen. Hier zeigen die Zahlen, dass zum einen das Angebot für Weiterbildungen mit 53,6% größer ist als das für Einführungsschulungen mit 42,1%. Und zum anderen, dass 29% der Befragten ungeschult sind. Entweder weil es kein Angebot gab oder dieses abgelehnt wurde. Der Durchschnitts-Sachbearbeitende für häusliche Gewalt nimmt weniger als einmal im Jahr an einer Schulung und/oder Weiterbildung teil. 71,4% der Befragten äußerten den Wunsch nach mehr Weiterbildungen. Themenwünsche sind unter anderem kulturelle Besonderheiten (55,6%), Gefährdungsanalyse (55,1%), Hochrisikokonstellationen (51,5%), Warnsignale/Risikofaktoren (51,2%), Tätertypologien (49,3%) und wichtige Informationsquellen (48,8%). Daneben wurden außerdem digitale Überwachung, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Opferverhalten und Täterarbeit als Fortbildungsthemen genannt.

Nach dem Phänomen *Leaking* gefragt, gaben 75% an dieses nicht zu kennen. Zum jetzigen Zeitpunkt wird in zwei Bundesländern explizit die Berücksichtigung von Leaking bei der Gefährdungsanalyse verlangt. Die subjektive Gefährdungseinschätzung der gefährdeten Person wird von 86,1% bei der Analyse berücksichtigt.

Die erhobenen Daten zu Problemen bei und während der Fallbearbeitung geben ein eindeutiges Bild ab. Zeitliche Ressourcen werden von 76,5% beklagt, sowie der Mangel an Personal von 72,6%. Ebenfalls 72,6% gaben an, Probleme bei der sprachlichen Verständigung mit Gefährdenden und gefährdeten Personen zu haben. Eine zu hohe Verantwortung bemängeln 60% der Sachbearbeitenden. Durch die fehlende Mitarbeit der gefährdeten oder bereits geschädigten Person treten bei 65,8% Probleme auf. Des Weiteren gibt es Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung (54,0%), Unsicherheit bei der Risikobewertung (45,0%) und ein Mangel an Fachwissen

² Mit externen Fachstellen sind alle Fachstellen außerhalb der Polizei gemeint wie bspw. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Ämter, Beratungsstellen, Opferschutzorganisationen, medizinische/therapeutische Einrichtungen.

³ Durch Mehrfachantworten Überschneidungen in den Prozentwerten.

(37,0%). Die hiergenannten ablaufbezogenen Probleme, decken sich mit den Wünschen zu Schulungsthemen.

Nach Abschluss der Erhebung, sowie einer parallel stattfindenden Dokumentenanalyse von Handreichungen, Dienstvorschriften, o.Ä. werden diese auf Divergenzen untersucht. Sodann werden die erhobenen Daten mit dem Fokus auf der Risikoanalyse, die Nutzung von Risikoanalyseinstrumenten, Handlungsspielräumen und kriminalistischer Erfahrung/Bauchgefühl untersucht. Zusammenfassend soll daraus ein Best-Practice-Ansatz entstehen, der sowohl Leaking als auch den Austausch mit Fachstellen beinhaltet, dynamische Konfliktsituationen berücksichtigt uns bei der Bearbeitung klare Strukturen vorgibt.

Gegen Ende des Projekts, werden erlangte Erkenntnisse zu Schulungsinhalten aufbereitet, sodass neben den Strafverfolgungsbehörden auch andere Akteure und Akteurinnen im Themengebiet davon profitieren können.

Quellen:

Bondü, R. (2012). *School Shootings in Deutschland: Internationaler Vergleich, Warnsignale, Risikofaktoren, Entwicklungsverläufe* [School shootings in Germany: International comparison, warning signs, risk factors, developmental pathways]. (Dissertation). Freie Universität Berlin. <https://doi.org/10.17169/REFUBIUM-8631>

Bundeskriminalamt. (2022). *Partnerschaftsgewalt - Kriminalstatistische Auswertung - Berichtsjahr 2021*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Dudenhoefer, A.-L., Niese, C., Görge, T., Tampe, L., Megler, M., Gröpler, C., & Bondü, R. (2021). *Leaking in terrorist attacks: A review*. *Aggression and Violent Behavior*, 58, 101582. <https://doi.org/10.1016/j.avb.2021.101582>

Greuel, L. (2009). *Forschungsprojekt "Gewalteskalation in Paarbeziehungen"*. Institut für Polizei und Sicherheitsforschung. https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gwaltesk_Forschungsproj_lang.pdf